

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 28 Mk., durch Post bezogen monatlich 29,25 Mk., bei Postbezug monatlich 32 Mk. frei Haus. Eigentümlich: täglich nachmittags. Eingekauft: 1,50 Mk. Verlagsort: Amt Zwickau Nr. 16 534. Geschäftsstelle: Dillstrasse 4. Für unentgeltliche Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

Anzeigenpreis: Der Spaltenpreis Millimeter Satzraum 1,50 Mk. und der Spaltenpreis Millimeter Satzraum zum 6. Mt. Die laufende Monatsrechnung wird vom Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufnahme mit 10 Mk. pro Zeile genommen. Bitterschrift 75 Hg. Porto befreit. Anzeigen für den 1. Sonntag des Monats werden mit 100% Zuschlag berechnet. Die Spaltenzahl wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Vahle

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 165.

Montag, den 17. Juli 1922

162. Jahrgang.

Ein Moratorium mit Zwangsverwaltung.

Frankreich verlangt die Erklärung schuldhafter Zahlungsstockung Deutschlands

Frankreich stellt sich auf den Standpunkt, daß ein Moratorium nur gewährt werden könnte, wenn bewiesen würde, daß Deutschland alle ihm zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel für die Reparationen aufwendet. Wenn dagegen nach der Anschauung Frankreichs bewiesen würde, daß dies nicht der Fall ist, werde die Reparationskommission das Moratorium nicht gewähren, sondern müßte die absolute Verletzung der Reichsregierung feststellen. Dann hätte sie den alliierten Regierungen die zu ergreifenden Maßnahmen vorzuschlagen. Als solche Maßnahmen stellt Verlinax im „Echo de Paris“ auf: eine Reform des Budgets, der deutschen Währung, Strafmaßnahmen und Garantien, außerdem aber müßten die Naturleistungen Deutschlands veräußert werden. Er erklärt, daß das Moratorium in dieser Gestalt die Form einer Strafmaßnahme annehme.

Eine Besprechung mit Lord George macht Boincare angeblich davon abhängig, ob dieser französische Standpunkt in London im vorhinem anerkannt wird.

Die französische Regierung richtete an die deutsche Regierung, worin der Antrag gestellt wird, daß das revidierte Wiesbadener Abkommen vom 20. 7. durchgeführt werden soll. Der „Reit Parisien“ nimmt mit Recht an, daß dieser Zeitpunkt sich nicht wird einhalten lassen, denn es ist kaum möglich, daß die notwendigen Maßnahmen bis zu diesem Tage verwirklicht werden können. Aber auf französischer Seite ist man nach dem genannten Blatt entschlossen, die verlorene Zeit einzuholen. Man wünscht die 950 Millionen Goldmark in Naturalleistungen, von denen man bisher nur für 5 Millionen bar bezogen hat, im Laufe des Jahres 1922 von Deutschland einzutreiben. Während die französische Regierung weiterhin auf der Durchführung der Reparationen besteht, vertritt die deutsche einen Schritt, den sie bereits in ihrer letzten Note an die Reparationskommission angeknüpft hatte.

In einer von deutschen Vorkämpfern in Paris der französischen Regierung übergebenen Note wird erklärt, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sei, die Zahlungen für das Ausgleichsverfahren zu leisten.

Diese Zahlungen erfordern jährlich 600 Millionen Goldmark oder 66 Milliarden Papiermark. Man hätte in Berlin schon bei Abschluß des Wiesbadener Abkommens (insofern

Reichstag beamtlich ausgesprochen) war wissen müssen, daß seine Erfüllung unmöglich war. Best gerät Deutschland durch die unmögliche Erfüllung eines erst vor kurzen eingegangenen Versprechens in eine sehr schwierige und peinliche Lage.

Frankreichs Absichten.

Paris, 16. Juli. Die deutsche Note wegen der Einstellung der Zahlungen kann einwirken im Wertaus nicht veröffentlicht werden, da die Veröffentlichung ausschließlich von der französischen Regierung abhängt. Deutschland will statt der bisherigen Zahlung von zwei Millionen Pfund Sterling für 500.000 Pfund Sterling bezahlen, aber diese Zahlungen müßten für 1922, 23 und 24 eingestellt werden. Frankreichs Absicht ist, daß die Zahlungen eingestellt werden, solange die Naturleistungen nicht ausreichen, um die Forderungen der Alliierten im Ausgleichsverfahren nicht zu decken. Endlich wird Frankreich fordern, daß das deutsche Gesetz abgeschafft wird, wonach das Deutsche Reich die Verträge erfüllt, die der Kaiser von der Reichsregierung durch die Kriegszeit zu bezahlen hat.

Von privaten Anleiheverhandlungen

wird allerlei gemunkelt. Man spricht von Verhandlungen mit Holland und von vertraulichen Aufträgen an das amerikanische Bankieramt, ob es bereit sei, auf neue zusammenzutreten. Ohne eine billige Regelung der Moratoriums- und Reparationsfrage und ohne Brechung des französischen Vermögensstillens sind alle diese Gerichte wertlos.

Wie man in London denkt.

Der „Times“ glaubt auf Grund von Mitteilungen seines Londoner Korrespondenten folgendes Programm für die Verhandlungen über die letzte deutsche Note an die Reparationskommission mitteilen zu können:

1. Etappe: Die Reparationskommission wird nach dem Studium des Berichtes des Garantienausschusses mit Zustimmung Deutschlands das verlangte Moratorium genehmigen.
2. Etappe: Nach dieser Entscheidung wird gegen Ende Juli die britische und die französische Regierung in London Beratungen mit England und seinen Alliierten einen Teilweise oder ganzen Erlaß der bei ihm während des Krieges konstatierter Schulden vorzuschlagen.
3. Etappe: Die Bankierskonferenz wird sich aufs neue zusammensetzen, um eine Anleihe vorzubereiten.

einer der der Deutschen Volkspartei, der zweite der den Unabhängigen nahe liegt. Bedenkenhaft ist hierbei, daß die Demokraten bereit sind, den Reichsverkehrsminister Brüner aufzugeben und seine Stelle durch einen Volksparteiler besetzen zu lassen. Benannt wird hierfür als Kandidat der frühere Reichsminister des Innern Scholz. Herr von Hammer hat es kluger Weise abgelehnt, das Ministerium des Auswärtigen zu übernehmen.

Umwidmung der Regierung?

In parlamentarischen Kreisen geht auch eine andere, anderen Informationen widersprechende Ansicht, daß wahrscheinlich die Notwendigkeit einer billigen Umwidmung der Regierung ergeben wird. Man spricht davon, daß Dr. Herms wahrscheinlich den Vorkämpferposten in Washington (III) erhalten soll, um damit gleichzeitig die Differenzen zwischen ihm und dem Reichsminister zu beseitigen, und daß der jetzige Vorkämpfer in Washington, Wiedefeld, das Ministerium des Auswärtigen erhalten soll. Als Kandidat würde für die Deutsche Volkspartei Dr. Weder die Ainaunen erhalten, während Hildebrand für das Reichsarbeitsministerium genannt wird. Dieser legt jedoch Wert darauf, Reichsfinanzminister zu werden, was vom Zentrum und den Demokraten abgelehnt wird.

Aus dem Mitleidensimpf des Zentrums.

Bei der letzten Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik wird, wie wir hören, der Reichstagler wieder das Wort ergreifen und verüben, die Schärfe, die er gegen den bayerischen Volksparteiler Geminger in seiner letzten Rede gebraucht, herabzumindern. Es ist nämlich das Bestreben bemerkbar, eine Verständigung mit Bayern zu erzielen. Wir hören nämlich weiter, daß innerhalb der Regierung beschlossene worden ist, das Reichsstrafgesetzbuch erst im Herbst in Kraft treten zu lassen. Dadurch soll Bayern veranlaßt werden, dem Gesetz zum Schutze der Republik zuzustimmen.

Die heutige Lage.

Die allgemeine politische Lage hat sich in den vergangenen Tagen weiter verschlechtert. Die Woche sah keine Besserung des Dollarkurses, keine Besserung der außenpolitischen Verhältnisse, keine Besserung der inneren Lage. Alle Hoffnungen wurden zunichte, alle Aussichten vergebend. Wir haben nur einen unerschütterlichen Barometer, der uns die wirklichen Witterungsverhältnisse kundtut, den Dollar. Steigt er, oder fällt er, dann sind wir orientiert. Man brauche, um eine politische Wochenchau zu schreiben eigentlich nur eine Kurstabelle zu geben. Am Montag der Dollar 518, am Dienstag 490, am Mittwoch 490, am Donnerstag 439, am Freitag 476, am Sonnabend 438 und wir haben alles gesagt, was viele Deutsche allein interessiert. Der Dollarkurs hat die vollendete Neubred der Weltmeinung über unsere Aussichten als Volk und Staat. Wir brauchen diesem Ausdruck nicht hinzufügen.

Indessen ist es eben nur ein Ausdruck der tatsächlichen Vorgänge. Die Regierung hat am Mittwoch offiziell ihre Zahlungsunfähigkeit erklären lassen. Das dieser Augenblick eintreten würde, haben wir antizipiert das Moratoriums-triumphes unserer offiziellen Presse zu Beginn dieses Jahres vorausgesehen. Wir waren zahlungsunfähig und sind es heute noch mehr als vor einem halben Jahre. In Regierungskreisen hatte man naiver Weise darauf gehofft, die Reparationskommission würde auf die Zahlung der am 15. Juli fälligen Rate verzichten. Das ist nicht der Fall. Man herfür große Enttäuschung und man tröstet sich mit der etwas mageren Betrachtung, daß die Zahlung von 32 Milliarden vielleicht auf die Schließung im Zeitraum der Moratoriumsperiode angezogen werde. Gleichfalls weht aus Paris wieder der albatrossen schwarze Wind. Einen Tag lang sprach man von einem Stimmungs- und Schwung in Frankreich, einer Annäherung und nachgiebigkeit. Damit war es nicht. Wir hören schon wieder das alte Lied, Frankreich will für das Moratorium die Aufgabe bestimmter Souveränitätsrechte. Es will es das erklärt macht den Franzosen keine Sorge. Man besteht eben darauf.

In der Innenpolitik liegen die Dinge entsprechend. Das Demonstrationstheater oder die wiederholte Mobilisierung der Massen ist etwas abgeklaut. Eigentlich sollten die Demonstrationen allsobaldig solange stattfinden, bis das Gesetz zum Schutze der deutschen Republik (des Ausnahmegesetzes gegen rechts) zustande gekommen wäre. Offenbar ist man sich darüber klar geworden, daß man mit solchen Mitteln den Ausnahmecharakter des Gesetzes zu ungenügend beweisen würde, daß alle Abwehrgewandlung im Reichslande das Gesetz dann nicht mehr seinen Ausnahmecharakter wahren entfalten können. Man schließt also die Waffe vorläufig in der Tasche. Es wird aber auf alle Fälle ein Ausnahmegesetz. Die Gründe, die man bisher dagegen vorgebracht hat, sind recht fadenförmig. Am Sonnabend lehnte der Reichspräsident Ebert wieder nach Berlin zurück. Was dahin bleiben alle endgültigen, Entscheidungen vorbehalten. Man... will offenbar Zeit gewinnen. Die wirkliche Lage kennzeichnet am besten eine Erklärung, die gegenüberlich in sein Mund fließt: „Wiederholte Versuche wurden, was auch verhoffen vom Kanzler Wirth empfangen wurden, was auch verhoffen vom Kanzler Wirth empfangen haben: „Was, nicht End der Dollar noch immer nicht hoch genug?“ Darauf geht er das Zimmer verlassen. Wenn es nicht wahr ist, so ist's doch gut erfunden. Unsere innenpolitische Situation wird tatsächlich von der Angst vor dem Dollarkurs beherstet und unsere Massen lernen verstehen, daß Deutschland nicht ganz allein auf der Welt ist, und daß es noch andere Dinge gibt als Tarifverhandlungen und Streikbewegungen.

Zu diesen Fragen gehört auch das Verständnis für die wirkliche Lage in deutschen Reiche. Es ist ganz unentbehrlich, daß ein Staat wie das deutsche Reich nur nach der Ausbeutung und Auslassungen der Industriebeschäftigten regiert wird. Wir haben nicht nur Arbeiterinteressen zu vertreten. In Deutschland existiert noch eine nicht ganz unbedeutende Landwirtschaft, ein zahlreiches Bauerntum. Abgesehen hiervon gibt es auch den Beruf des inländischen und internationalen Handels und die Industrie. Alle diese Berufe brauchen schließlich nur eines: Ruhe und Ordnung. Haben wir Ruhe und Ordnung im Lande, wird vieles, was wir heute nicht haben, was uns heute fehlt, ganz von selbst kommen. Wie wir denn in milderer Beziehung mit den letzten Jahren Fortschritte gemacht haben, wenn auch nicht außenpolitischer Art. Die außenpolitischen Erfolge werden erst dann eintreten, wenn die bürgerlichen Schichten der Nation bei der Lenkung der politischen Geschäfte des deutschen Reiches den Einfluß wieder erhalten, der ihnen gebührt, der aber nicht zu erreichen ist mit

Tageschronik

Frankreich sucht das Moratorium auf alle Weise zu sabotieren. Eine neue bürgerliche Arbeitsgemeinschaft in Reichstag von Stresemann bis Petzen.

Umwidmung oder unverständliche Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung?

75 Millionen für den Schatz der Republik?

Verhaftung eines Meier Landesverrätters.

Die Rathenauänder entwischt.

Noch immer innere Reife.

Der Erfolg der Gewerkschaften.

Die Arbeitseinsparung der Sozialdemokraten und Unabhängigen ist, wie wir hören, das Werk der Gewerkschaften. Es ist aber, wie uns berichtet wird, auch auf Betreiben der Gewerkschaften nicht nur diese Arbeitseinsparung zu hande gekommen, sondern zwischen den beiden Parteien ein weiteres Abkommen getroffen worden, daß bei einer Auflösung des Reichstages bei den Wahlen gemeinsam vorgegangen werden soll durch Stimmenverbindung. Nach der Wahl aber wird mit der Besetzung der beiden Parteien gerechnet. Die Sozialdemokraten treten noch immer auf die Wahl hin, da sie hoffen, bei einer nächsten Wahllicht große Erfolge zu erlangen. Die Reife tritt im Augenblick hart hervor. Zentrum und Demokraten dagegen wehren sich noch nachzugeben und lassen die Auflösung des Reichstages ab, obwohl eine billige Einförmigkeit der Regierung oder etwa nur die Aufnahme der Unabhängigen in die Regierung in diesem Falle fordern sie, daß auch die Deutsche Volkspartei auf der rechten Seite berücksichtigt werden müsse. Man sieht in den Mittelparteien die Möglichkeit zu einer Verständigung nur darin, daß eine Erneuerung der Regierung durch Hinzunahme von „Kandidaten“ erfolgt.

... Mittel der Mehrheitsabstimmungen und des Proporz-
wahrheits, sondern nur im Sinne der Erkenntnis der
nationalen Bedeutung eines bodenständigen städtischen und
ländlichen Bürgerums. Von dieser Erkenntnis sind wir
noch sehr weit entfernt. Das Ausland aber weiß,
daß nur dann eine Stellung von Deutschland zu erzielen ist,
wenn sie von Paris aus in bewilligt wird und nicht
von der Industriebelegschaft, die nur das Tagesinteresse
und Lohnfragen, aber nicht die größeren Zusammenhänge
der Weltwirtschaft überblickt.

Eine neue Arbeitsgemeinschaft?

Die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft, die zwischen
den Mehrheitspartei und den Unabgängigen geschlossen
wurde, soll, wie der „Deutsche“, das Blatt der Christlichen
Gewerkschaften, aus parlamentarischen Kreisen erwächst, zur
Folge haben, daß zwischen der Zentrumspartei und der
Deutschen Volkspartei ebenfalls eine parlamentarische Ar-
beitsgemeinschaft zustande kommt. Es sei nicht ausge-
schlossen, daß auch die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-
demokraten in diese Arbeitsgemeinschaft einbezogen würden.
Für den Fall einer Reichstagsauflösung werden diese
Parteien wahrscheinlich eine politische Einheitsfront
bilden.

Der „Berl. Montagshof“ zufolge haben sich die Frak-
tionsvorsitzenden der beteiligten Parteien in gemeinsamer
Besprechung für eine solche Arbeitsgemeinschaft entschieden,
und man rechnet bestimmt mit der Zustimmung sämtlicher
Fraktionen von Stresemann bis Pieferen.

Kabinett und Parteien.

Der „Berl. Montagshof“ berichtet: Das Kabinett
hielt Sonntag nachmittags im Reichstage eine Sitzung ab.
In dieser referierten der Reichsfinanzminister Dr. Ber-
mes und Staatssekretär Schröder über die laufenden Ver-
handlungen mit dem Garantiekomitee, das inwischen Ver-
handlungen hat, um in Paris und die bisherigen Ver-
handlungen mit dem Reichsgericht. Bericht zu erstatten.
Die innerpolitische Lage war nicht Gegenstand der Kabi-
netsberatung.

Zuvor hatte der Präsident eine Besprechung mit dem
Reichspräsidenten. Alle Mutmaßungen über gewisse Ver-
änderungen, die in das Kabinett eintreten sollen, sind
nach dem neuesten Stand der Dinge wiederum verfallen.
Nach unseren Informationen wird das Innenministerium
nur dann neu besetzt werden, wenn das Kabinett umgewandelt
wird. Weiß das Kabinett in seiner Form bestehen, so wird
der Reichspräsident Dr. Wirth das Innenministerium nicht
neu besetzen, sondern dem Reichspräsidenten weiter
überlassen. Es überhört das Kabinett erweitert werden muß,
ist eine Frage, die man an zukünftige Stelle gegen-
wärtig nicht unbedingt bejahen. Eine bestimmte Entschlei-
dung werden erst die nächsten Tage bringen können.

Stegerwald über die Frage der Neuwahlen.

Am „Deutschen“ veröffentlicht der frühere preussische
Ministerpräsident Stegerwald heute einen Artikel, in dem
er sich mit der Staatsbedingten Kraft des Sozialismus
beschäftigt. Er kommt dabei zum Schluß auf die augenblickliche
Lage zu sprechen und sagt: Die jetzige Stunde, die reif
und möglich ist, für eine starke und feste Parlamentsmehr-
heit zu Gunsten des neuen Staates, geht aufeinander wieder
unabhängig vorüber. Statt dessen schließt man unaufrichtig
mit einer Neuwahlensatzung. Das Ausland aber sieht
über uns politische Stände. Was bringt uns denn ein
Reichstagsauflösung? Sie bringt bestimmt nur ein Steigen
des Dollars. Die hungernden Volksgenossen, denen man
angeblich helfen will, treibt man mit der politischen Ein-
heitsfront gerade der Verwerfung entgegen. Die Sozial-
demokraten sollen sich nicht scheuen. Eine Neuwahlensatzung
kann für sie zum Volksgesetz werden. Die untern
Volksschichten sind des ewigen Parzellierens müde. Sie
haben es satt, daß man in einer Stunde, in der uns die
Not entgegenkommt, die Regierung immer wieder nach par-
teipolitischen Doktrinen anstatt nach Staatsnotwendigkeiten
zusammensetzt.

75 Millionen für den Schutz der Republik.

Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten haben im
Reichstag einen Gesetzentwurf beantragt, durch den der
Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, der Reichs-
regierung für Maßnahmen zum Schutz der Republik einen
Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark zur Verfügung
zu stellen.

Wie es heißt, soll dieser Fonds dem Reichskommissar
für die öffentliche Ordnung zur Verfügung gestellt werden
zur Überwachung der Geheimorganismen. Im Gegen-
satz zu dem preussischen Kommissar für die öffentliche
Ordnung verfügt der Reichskommissar über keine etats-
mäßigen Mittel.

Der Gesetzentwurf soll noch vor den Ferien beraten
und verabschiedet werden.

Die Magdeburgerische Zeitung verboten.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, hat auf Grund
der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Juni, Ar-
tikel 3 in Verbindung mit den Paragraphen 2, 3 und 10
der Verordnung vom 26. Juni die „Magdeburgerische Zei-
tung“ auf 14 Tage, d. h. vom 15. bis einschließliche 29.
Juni, wegen eines Artikels „... nur nicht der Volkswil-
len“ in Nummer 350 verboten. Gegen das Verbot
ist sofort Beschwerde beim Minister des Innern eingelegt
worden. Herr Oberpräsident wird auch mit dieser Maßnahme
wenig Glück haben.

Der Denkmalschutz der Kieler Marinecasernen wegen Landesverrats verweigert.

Unter dem dringenden Verbot des Landesverrats
im Zusammenhang mit den Waffenkammern auf dem Marine-
Arsenal wurde auf Anordnung des Oberpräsidenten in
Leipzig der Kieler Arbeiter Heinrich Wolf verhaftet. Die
Verhaftung erfolgte, weil Wolf der Kontrollkommission der
Verbandsämter noch andere wichtige Mitteilungen gemacht
haben soll.

Preußen braucht Regierungserreferendare.

Für die Laufbahn der höheren Verwaltungsbeamten
sollen nach Möglichkeit weitere Kreise, insbesondere die
Schichten, aus denen bisher die Verwaltungsbeamten nicht
herangezogen sind, interessiert werden. In diesem Sinne
hat der Minister des Innern in einer Verfügung die
Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten angewiesen, bei
besonders auf den bestehenden Mangel an Regierungser-
referendaren hinzuwirken. Zudem in letzter Zeit

in weitgehendem Maße Dispense zur Annahme als Re-
gierungserreferendare auf diejenigen Regierungserreferendare
erteilt worden sind, die den an die Übernahme zur allge-
meinen Staatsverwaltung geknüpften Bedingungen nicht
völlig entsprechen, die es sich jetzt nicht gelingen, den
Gesamtbestand der Referendare auf die normale Zahl zu
bringen; bei einigen Regierungen, namentlich Frankfurt
a. O., Stuttgart und Schleswig sind die Referendarstellen
bei weitem noch nicht besetzt. Der Minister des Innern
hatte befohlen, der letzten Entscheidung einen
Appell gegen die Besetzung der Regierungserreferendare
aus allen Bevölkerungsschichten sich in stärkerem
Maße als bisher um eine Übernahme in den Dienst
der allgemeinen Staatsverwaltung bewerben möchten. In
gleicher Weise sind namentlich die nachgeordneten be-
hördlichen Kreise angezogen worden, weilere Kreise auf
die Laufbahn der höheren Verwaltungsstellen aufmerk-
sam zu machen. Es wird hierbei auf die Bewährung von
Unterrichtsaufsichtlichen während der Vorbereitungen son-
darauf hingewiesen, daß jeder höhere Verwaltungsbeamte
sowohl nach der Ernennung zum Regierungserreferendare
nicht nur selbst befordert wird, sondern auch einen Rechtsanspruch nach
Aufgabe der Bestimmungen des Personengesetzes erlangt.
Wir sind fast überzeugt, schreibt die „Post“, daß bei
derartig lothenden Aussichten die Kandidaten nur so heran-
zuführen werden. Noch besser wäre freilich, man be-
achtet sie von vornherein nach Klasse 12 oder 13, dann
wäre die Laufbahn der Referendare und Kandidaten so frühen
Posten bereitwillig lassen, denen bisher das „Geschick“
nicht lohnte.

Dr. Heine wird Präsident des Reichsgerichts.

Wie wir erfahren, entspricht die Nachricht, wonach der
frühere Außenminister Dr. Heine zum Reichspräsidenten
ernannt werden soll, nicht den Tatsachen. Zum
Nachfolger des verstorbenen Reichspräsidenten Dr.
Deßloch ist vielmehr der bekannte völksparteiliche Reichs-
tagsabgeordnete und frühere Reichsjustizminister Dr.
Heine in Aussicht genommen. Seine Ernennung dürfte
in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Rathenauerder entwirft!

Die großangelegte Aktion der Berliner Kriminalpolizei
zur Ergreifung der flüchtigen Rathenauerder ist jetzt ein-
geleitet worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß es den
Haupttendenzen gelungen ist, den Polizeifortschritt zu durchbrechen.
Die ungeheuren Kosten dieser Veranlassung sind also völlig
unangenehm geworden. Der Kredit der Berliner Kriminal-
polizei wird durch diesen argen Verlust nicht gehoben
werden.

Der Reichsamt hat jetzt die Untersuchung über die
Verhinderung der Organisation „Conjux“ übernommen, die
feinerzeit von der Offiziersrats Staatsanwaltschaft aufgedeckt
worden war. Bis jetzt sind über 50 Personen in diese
Untersuchung verwickelt. Von einigen der Beschäftigten ist
Besondere beim Reichsgericht erhoben worden. Dieses hat
der Besondere Satzungs- und das Verfahren an das
Landgericht 1 in München überwiesen, weil festgestellt, daß der
Sitz der Organisation „Conjux“ in München gewesen ist.
Aunang ist die Angelegenheit wiederum an das Reichs-
gericht angeführt worden.

Verurteilung des Vergabens in Deutsch-Oberlofen.

Zur Wiederherstellung der durch die Abtretung des
größten Teiles des Vergabens an Polen um 1/4 ver-
minderten Absperrung werden sowohl auf den italieni-
schen, wie auf polnischen Gebieten in deutsch-österreichischen
Zonen von Oberlofen ein Schiedsgericht berufen.
Hat der paritätische Ausschuss des oberlofenischen Ein-
heitsverbandes in einer Sitzung, an welcher auch Ver-
treter des Reichsarbeitsministeriums teilnahmen, die
Errichtung einer Treuhändlers für Vermögensverhandlungen be-
schlossen, welche voraussichtlich mit einem noch zu gründenden
gemeinnützigen Siedlungsunternehmen zusammen ar-
beiten wird.

Aus Stadt und Umgebung

Freiwilligbühne Merseburg.

Goethe: Phäonie auf Tour.

Die Lieberichter stimmt nicht ganz. Aber das macht fast
gar nichts. Im Schloßgarten salon, in den man umzog,
gab es um 6 Uhr abends noch genügend „Frei Licht“.
Und es war kein schlechter Erfolg. „Was ist das für ein
lozes Red! Einmal jammerbar! Draußen hinterm Rücken
wehte es doch etwas zu kühl und der Himmel tat um die
fünfte Abendstunde zu verdächtig. Da entschloß man sich,
nach Heber in Schloßgarten salon zu spielen. Und siehe
da es ging ganz schön, auch nach dem Verfall der an-
berühmt, von der Unterbringung des Wasserandrangs her.
Als nun alles ruhig beizumachen war und der kommenden
Dinge harre, sprach eine Dame nicht ohne Ausdruck einen
nicht ohne Weisheit und Witz schnell verfaßten Vorwurf, der
von den Herrn erwähnten sich handelte und auslief in
der Hoffnung, daß aus der Wettergasse nichts besser
geheim sei. Nach einer kurzweiligen Konversation teilte
sich der Vorhang und das Spiel begann.

Wenn man die Verhältnisse des Theaterens ganz
gesehen in Betracht zieht, so muß auch der Verdienst
gesehen, daß in der Zeit „Theater“ gespielt wurde. Und
das will viel heißen. Das Publikum ist gewöhnlich
dem Regisseur, Dr. Cagar Groß vom Stadttheater Halle,
das das letzte Geheimnis der Regie, jeden Wühler
jeden Stille dienbar zu machen mit den wenigen
verfügbaren scheinlichen Mitteln aus offenkundig. Es war
auch der beste Weg, den er einschlagen konnte, in der
Art der modernen Anbetungsstätte zu inszenieren. Rings
fließen graue Vorhänge, inmitten der Szene hand der Altar.
Es ist erstaunlich, daß die Darsteller, einander im
Spiel freud, den Kontakt fanden. Den Weg zum Sub-
stanz fanden sie nicht, wenigstens höchst selten. Das lag
aber in der Natur der Sache, daß die Zuschauer ihnen nicht
entgegenkamen, sondern die herbeite abwartende Ein-
stimmung einnahmen, anstatt sich mit allen Sinnen der Dichtung
zu ergeben.

Elisabeth Malisch vom Stadttheater Halle spielte die
Titelrolle. In weichen, dänischem Gewand, in Spiel und
Sprache war sie einig, die die der Goetheischen Dichtung
sehr nahe kam. Die Rolle des vom Landesherrn Altes-
burg bei die stärkste Wirkung. Wenn er auch zuweilen etwas
pathetisch wirkte, so durchlebte er doch die Dichtung. Er
war Dreißig und nicht der Schauspieler Josef Strauß. In ihm
fiel ein starkes Talent, das ihn sicher einmal an große
und große Bühnen führen wird. Seine Stimme war
und feiner, versteht er abzumachen, abzuheben, wenn
der Augenblick und das Spiel es erfordert. Wenn sein Bild
ins Weislose gleitet, wenn sein Bild fast in
Abgründe taucht, wenn seine Seele geföhlt vom
Wort der Dichtung, dann ergrünte sich, daß er
den Zuschauer an die Verbundenheit und tiefen empore
zum Mitterleben. Aber auch nicht jeden. Somet sind

nicht alle Menschen, daß sie dem Alttag vergessen und
großen Angs die Dichterseite sehen. — Fris Deijel vom
Stadttheater Halle gab den Phäonie. Nicht übermäßig,
sondern wahr und groß. Heber Phäonie (Ernst Wehmann
vom Stadttheater Dessau) und Aras (Walter Hennberg
vom Stadttheater Halle) bleibt nicht viel zu sagen. Gener-
ein König aus einem Guß, willenshart und liebenswürdig,
dieser voll gutem Willen, mitunter doch hart den
Dilettantismus freispielen.

Die Aufführung bewies, daß man in Merseburg The-
ater spielen kann, sobald ein Mann den Namen schafft.
Der Schloßgarten salon ist durchaus geeignet. Stadttheater
Merseburg zu werden. Die Umbauten für Bühnen und
Zuschauerraum dürfen natürlich nicht gelassen werden. Vor-
läufig ist dem Verein für Deutschtum zu danken, daß
er die Aufführung vermittelt hat. Wenn nun die Schloßgar-
ten salon für die Zuschauer auch nur einigermaßen theatermäßig
gemacht wären, hätte man den Nachmittags aus fast voll-
kommen bezahlten können. Der Einwand, wegen des plög-
lichen Umzuges nicht rechtzeitig geort haben zu können,
steht nicht. Daß das Wetter schlecht bleibt, hätte man schon
tags vorher erkennen müssen. Das Ereignis hätte eine
bis in die Einzelheiten durchdachte Organisation gekostet.
Kg.

Der lotholische Geistliche.

Der Pfarrer Wiehler ist gestern in sein Amt eingetret
worden. Ueber die Feierlichkeit werden wir morgen be-
richten.

Der Weiserfahrböcker.

Es passieren seltsame Dinge, und eins der seltsamsten
scheint zu sein, daß sich jemand als Weiserfahrböcker
hinstellt, auftritt und es sich schließlich herausstellt, daß er
von Böcken überhand genommen ist. In dem einen
ist einziger der Maß, den er aufbringt, um sich von seinem
Partner vernehmen zu lassen.

So geschah es im „Casino“ am gestrigen Sonntag. Der
Weiserfahrböcker war ein Arbeiter, der auch mal seine
Sensation haben wollte. Es ist sehr bedauerlich, daß
das Weiserfahrböcker durch den Weiserfahrböcker es das
Eintrittsgeld zurück. Die Schupo beschlagnahmte darauf die
Kasse.

Vorbereitungen für das Personal der kommunalen Krankenhäuser Mitteldeutschlands.

Am 13. 7. 22 wurden in gemeinsamer Verhandlung
zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise
und dem Verband e. K. und den Beschäftigten der Gemeinde-
und Staatsarbeiter die Höhe für das Personal der kommunalen
Krankenhäuser Mitteldeutschlands für den Monat Juli 1922
abgeschlossen. Die Lohnaufbesserung erfolgte unter An-
scheidung an die den Gemeindebeschäftigten für Juli gewährten
Zulagen. Dem hauswirtschaftlichen Personal bei den freien
Behörden und Beschäftigten wurde nicht, wurde
etwa 30 Prozent der entsprechenden Zulagen gewährt. Durch
die ab 1. 7. 22 geltenden Zulagen wird die Zulage für
das männliche Personal um durchschnittlich 25 Prozent,
für das weibliche Personal um durchschnittlich 20 Prozent
aufgebessert worden.

Jugendklub

am 16. Juli in Neu-Nöffen.

Die Bestimmung, daß das von Ortsausflüsse für Ju-
gendklubs in Neu-Nöffen wohl vorbereitete Jugendfest durch
Regen, dem werden könnte, und dem Beschäftigten wurde
begünstigt. Das „bischen Regen“ am Vormittage während
der Bestimmung wurde selbstverständlich von den Jungen und
Mädels nicht beachtet.

Nach dem Regen mit Musik und Gesang fand feils
8 Uhr in der Wäldchen stände eine Morgenfeier statt. Das
mit Blumen geschmückte so stimmungsvoll begünstigte
Kirchlein lud die zahlreichen Jungen und Mädels kaum
und nun das Eigenartige: Alles boten die Jugendlichen
bei der Feier selbst. Die Ansprache hielt ein Student der
Theologie, auf dem Shore spielte ein Jugendlicher die
Orgel, andere Jugendlichen sangen die Hölle und Lore. So-
pran: D daß ich tausend Jungen hätte (mit Laienbegleitung);
2 Chöre: Gloria in excelsis und „Im Erben wandeln Monde.“
Alle waren von der Feier tief ergötzt.

Aus der Kirche ging unter Gesang und Lauten und
Geigen nach dem Sportplatz. Die bürstlichen Kämpfe:
100-Meter Lauf, Dorschprung, Ballweitsprung, Stützbock,
widerten sich glatt ab.

Die Mittagszeit sah die Jugendlichen am Zeitspielhaus
beim Walden. Manches ledeser Bericht wurde verkehrt! Einige
schlechter hatten nun hüben Meiserei sogar. Können ge-
genüber Angeordnet war somit nicht es letzte sich, wie
so oft, daß die Jungen besser als die Mädels töchen können.
(1) Um 2 1/2 Uhr lagerte alles am Zeitspielhaus und lauschte
über die Vorgehensweise und das Zeitspielhaus. Begleitete
Feier, aber nicht dem Weiser.

Um 3 Uhr trat der Weiserbürger Kalpar auf, er hatte
dazu keine Mühe aufgebracht. Vor das Kalpar für die Kinder
— aber auch die Großen haben herhaft gelacht, als der
goldige Kalpar sich mit dem Krotzdi und dem Teufel herum-
schling, als zum Beispiel die lautersten Sachen auslieferte, als
Scherzreden laßt war sehr. Nun zeigten die einzelnen
Gruppen (Weiserbürger, Weiserfahrböcker) ihre Köpfe bei den
prächtigsten Sing- und Volkstänzen. Sehr gelungen waren
besonders die rhythmischen Tänze. Staunend blüde mander
wie in ein neues Wunderland. Dann sprach Oberlehrer
die Rede, die er sprach, die er sprach, die er sprach, die er sprach,
Jugendbewegung.“ Soll die Jugendbewegung sein. Außer-
land sein, das wieder verstanden, so muß die Jugend
niemals, praktischen Sinn, treue, zuverlässige Berufsarbeit
mit idealer Geliebten bereiten. Jugend und alle müssen
sich immer, verstehen lernen. Gleichgültig und Jugend-
bewegung dürfen nicht untereinander nebeneinander bestehen,
sondern in bester Harmonie an dem großen Werke der Volk-
erneuerung arbeiten.

Nach der Zeigerverteilung und Preisverteilung san,
dann ein Bestimmen der Gruppen und einzelnen Jungen
und Mädchen, das sehr viel Interesse erweckte und
viel Freude bereitzte.

Das Märchenpiel von Büchstein: „Der Geisterlo-
nung, (von den Weiserfahrböcker Jungen und Mädchen an der
Wiese aufgeführt) erregte ungeheure Beifall und hatte
dabei einen tiefen Sinn: Erzählung zur Mitternacht
und Einsamkeit, weg von der Unnatürlich der modernen Gesell-
schaft.

Als dann zuletzt durch Ertrablat das Einsetzen eines
Jirtus gemeldet wurde und die defiziente Winke auf der
Wiese durch die drohenden Schätze aufführte, wollte der
Jurt sein Ende nehmen.

Mit dem Gesänge: „sein Köpfe und die Wiese sein“
wurde der Jugendbund gegen 7 Uhr geschlossen, und alle
traten den Heimweg mit frohlichen Lieben an. Ein
Sonntag wars ohne Alkohol und andere Ausschweifung, ein
Sonntag der jugendlichen Herzen mit echter tiefer
Freude, mit froher, lebendiger, lebendiger, lebendiger, lebendiger
Teile mitzubringen, daß Heiland geschaffen wird.

Stellungnahme des Landtages zur Getreidenlage.

Am Montag, 10. Juli, fand in Halle im Stadthaus eine Sitzung des erweiterten Ausschusses des Provinzial-Landtages...

Stellung zur Getreidenlage.

Das Referat hatte Reichstagsabg. Semeter, der in ausgezeichneter Weise von dem Abgeordneten und Unions-

Keiner hat sich wärmer eingesetzt für die Brotverbilligung für die wirklich bedürftigen Volksschichten (Rentner, Pensionäre, Kriegs Hinterbliebene u.a.) als gerade der Landtag...

Aus Kreis und Nachbarreisen

Die Breiträger der Stuten- und Fohlenjagd Schadebach. Der Besuch der Stuten- und Fohlenjagd war trotz des

- Klasse I, Stutfohlen geb. 1922. 1. Preis: Hera, J. u. B. Scheele, Schladebach.

- Klasse II, Stutfohlen geb. 1922. 1. Preis: Bestatin, Gebr. Gürlich, Schladebach.

- Klasse III, Stutfohlen geb. 1921. 1. Preis: Urfel, J. u. B. Schmidt, Kauern.

- Klasse IV, Stutfohlen geb. 1921. 1. Preis: Ulfant, J. u. B. D. Schirmer, Schladebach.

- Klasse V, Stutfohlen geb. 1920. 1. Preis: Traude, J. u. B. Scheele, Schladebach.

- Klasse VI, Stutfohlen geb. 1919. 1. Preis: Zuchsen, J. u. B. D. Sad, Alttranstädt.

- Klasse VII, Fährige und ältere Stuten. 1a. Preis: Magie, B. Scheele, Schladebach.

- Klasse VIII. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

- Klasse IX. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

- Klasse X. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

- Klasse XI. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

- Klasse XII. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

- Klasse XIII. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

- Klasse XIV. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

- Klasse XV. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

- Klasse XVI. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

- Klasse XVII. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Axel, Döbertau.

Letzte Depeschen

Deutschland und der Völkerring.

London, 17. Juli. Auf der Tagesordnung der am heutigen Montag unter dem Vorsitz des britischen Bot-

Die Einigung mit dem Garantiekomitee.

Berlin, 17. Juli. Man versichert amtlich, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Regierung

Dr. Simons als Reichspräsidenten-Kandidat.

Berlin, 17. Juli. Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsleitung den früheren Minister des Auswärtigen Dr. Walther

Der heutige Dollarkurs.

Berlin, 1. Juli. (H. G. Dr. 17.) Der Dollar notierte heute mittags 12 Uhr 448, um 1/2 Uhr 445.

Die Friedenshandlungen in Paris.

Paris, 17. Juli. Gestern abend veranstalteten die Sozialisten eine Kundgebung für den Frieden. Hieran

Was in Rom!

Rom, 17. Juli. Der schäbliche Parteitag der Unabhängigen nahm eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt: Die Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien

Kein Farbeneinsatz verbot in den Verein. Staaten.

Newport, 17. Juli. Der Senat verwarf das Gesetz über das Verbot der Einfuhr von Farbstoffen. Sardinia wies die

Aus Provinz und Reich

Einbruch in die Bismarcksche Familienruhm.

Etzold, 15. Juli. In der Nacht zum Sonnabend brachen Diebe in die Kirche von Södinghausen ein. Die Einbrecher

Ein Postkutschmann abgetötet.

Paris, 17. Juli. (H. G. Dr. 17.) Das Flugzeug, das den Postkutschmann Strasbourg-Paris verließ, ist gestern bei

Turnen, Spiel und Sport

Die Saalekreisläufer auf 16 Vereine erhöht!

Unter nach Halle entlassener Sonderberichterstattung

schreibt uns: Was man auf dem Kreisfest vor acht Wochen nicht

erreichte, wurde gestern zur Aufgabe: Durch zweierdrittel Mehrheitsbeschluß des a. o. Kreisrates wurde die Saalekreisläufer

auf 16 Vereine erhöht, so daß eine Teilung der Abgabekasse notwendig wird. Die Tagung gefiel dem Vorwissen im Hotel

sind Grepitz, 99 Merseburg, Olmütz und Zangerhausen) schen famos zur Liga auf; sollte der Hoffbürgernau selbst-

Als positives Ergebnis stellen wir fest: Die Saalekreisläufer besteht aus 16 Vereinen, die in 2 Gruppen spielt.

Leichtathletische Saalegemeinschaften.

3 Meisterschaften bisher durch den D.S.B. 99 in Merseburg!

Die Wettbewerbe abgebrochen.

Von unserem nach Halle entsandten Berichterstatter. Der Saalegala-Ausschuss hatte mit seiner geistigen

Das am Start erschienene Leichtathletenfeld war nicht allzu groß, aber erlesen. Es hatten überhaupt nur 8

Merseburg nur durch 26 Leichtathleten des Sportvereins 99 und deren 13 von B. S. 2 vertreten. Infolge

100 Meter-Lauf: 2. Schlüter (99); 3. Meißner (99).

1500 Meter-Lauf: 1. Wipisch (99); 2. Grahmann (99); 3. W. Roth (S. f. L. M.).

400 Meter-Lauf: 1. Kamm (99); 2. Meißner (99).

800 Meter-Lauf: 1. Wipisch (99); 5. G. Webber (99); 6. B. Vollraich (99).

Angelhaken f. Damen: 2. Fräulein Wiedemann (99); 4. Fr. Horn (S. f. L. M.).

Angelhaken: 4. Sedwiz (S. f. L. M.); 6. Herrmann (99).

Der Wert Der Mark im Auslande.

Für 100 Mark wurden gezahlt:

Table with 4 columns: Location, Mark value, Gold value, Silver value. Locations include Zürich, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Wien, Prag, London, New-York, Paris, Rom.

Verantwortliche Redaktion: Polit. örtl. und prov. Zeitg. u. W. - Sport: W. Hochheimer. Anzeigen: A. Rang. - Druck und Verlag: Meißnerger Druck- und Verlagsanstalt S. W. Schmidt in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Beilage zu Nr. 165 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 17. Juli 1922

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. Juli.

In allen drei Lesungen angenommen. Das Gesetz über die Ersatzpflicht für die beschädigten Reichsbanknoten das Gesetz über die Metallreserven der Privatnotenbanken und der Antrag der Sozialdemokratischen Abgeordneten Deutsche Beamtenbund wäre mit dem Gesetz einverleunden, welches die wahlverordneten Rechte der Beamten und die Verfassung berührt.

Abg. Steinloß (Soz.) widerspricht dem. Nach heute würde der republikanische Beamte von monarchistisch gesinnten Vorgesetzten in der bestimmten Weise verfolgt. Abg. Eichhorn (Komm.): Der Gesetzentwurf geht nicht weit genug. Die reaktionären Beamten müßten durch wirklich zuverlässige Republikaner ersetzt werden. In der Einzelberatung wird im Paragraph 10a aus dem neuen Absatz des Ausschusses auf Antrag des Zentrums die Bestimmung getrichen, daß den Reichsbeamten auch die Verdrängung einer früheren republikanischen Regierung verboten ist. Am übrigen werden Ausschlußbeschlüsse angenommen, ebenso mit schwacher Mehrheit die Entschließungen des Ausschusses.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. Nach den Ausschlußbeschlüssen wird der 10prozentige Steuerfuß auf ein Jahreseinkommen bis 100 000 Mark ausgedehnt. Der Gehalt- und Lohnempfänger werden abgerechnet: je 40 Mark für Mann und Frau, 80 Mark für jedes Kind und 90 Mark Versorgungskassen. In der Aussprache äußerte der thüringische Finanzminister Hartmann starke Bedenken gegen die Vorlage. So weitgehende Steuervorlagen bedürften der vorherigen Verhandlung mit den Ländern. Die Beschlüsse des Ausschusses wurden angenommen. Man tritt dann in die zweite Beratung der Novelle zum Erbschaftsteuergesetz ein. Im Verlauf der Debatte wurde bei einer Abstimmung um 9 Uhr die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt.

Montag 1 Uhr: Vorlage der Presse, Reichskriminalpolizei- und Steuerordnungen.

Die Sonntagsarbeit des Reichsansehens. Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte in seiner Sonntagssitzung die Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Reichskriminalpolizeiamtes und von Landesstrafvollzugsbehörden fort und der Ausschuß trat in die Einzelberatung ein. Nach lebhafter Diskussion wird der § 1 in folgender Fassung angenommen: Zur Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen, deren Bekämpfung nicht auf bestimmte Orte oder Bundesstellen beschränkt bleibt, wird ein Reichskriminalpolizeiamt errichtet. Es hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt. Der Ausdruck Reichskriminalpolizeiamt soll überall durch Reichskriminalpolizei ersetzt werden. Ein Antrag, daß die Ernennung des Vorstandes der Zustimmung des Reichspräsidenten bedarf, wurde abgelehnt. § 2 (Errichtung von Landesstrafvollzugsbehörden) wurde unanändert angenommen. — § 3 wurde nach

längerer Debatte in der Fassung der Vorlage mit einer nur redaktionellen Streichung angenommen, ebenso die §§ 4 und 5. — § 6 will für die einheitliche Geschäftsführung der Landesstrafvollzugsbehörden sorgen. Nach längerer Debatte wurde der erste Satz des § 6 in der redaktionellen Fassung des Antrages Emminger angenommen und lautet nunmehr: „Das Reichskriminalpolizeiamt stellt Richtlinien für die einheitliche Geschäftsführung der Landesstrafvollzugsbehörden und für entsprechende Ausbildung der Beamten auf.“ Im übrigen wurde der § nach der Regierungsvorlage angenommen. — Es folgte § 7, welcher die Reichsgefängnisse regelt. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde die Regierungsvorlage angenommen. Getrichen wurde aber die Bestimmung, nach welcher mit Zustimmung des Reichspräsidenten die Befugnisse des Reichskriminalpolizeiamtes des Reichskriminalpolizeiamtes mit ausländischen Behörden wurde auf Antrag des Reichspräsidenten geändert, daß das Reichskriminalpolizeiamt den Verkehr mit ausländischen Behörden ausschließlich übernehmen kann, wenn es für die zweckmäßige Durchführung erforderlich erscheint. Für die Kostenfrage liegen zwei Anträge vor: Die Regierungsvorlage will die Kosten der Landesstrafvollzugsämter nach festen Sätzen (50 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung) festlegen, während der Ausschuß des Reichspräsidenten sie zu gleichen Teilen auf das Reich und die Länder verteilen will. Der Ausschuß schloß sich dem Beschlusse des Reichspräsidenten an mit der Maßgabe, daß das Reich ein Drittel, die Länder zwei Drittel tragen sollen.

Damit ist die zweite Lesung im Ausschusse beendet. Die Mehrheit des Gesetzes wurde in „Reichskriminalpolizeigesetz“ geändert.

Das kommende Arbeitsgerichtsgesetz. In Reichsarbeitsministerium wurde der Entwurf zu einem Arbeitsgerichtsgesetz fertiggestellt und nunmehr dem Reichstag zur Begutachtung, Zerstreuung und Genehmigung übergeben. Dieser Gesetzentwurf sieht die Schaffung einheitlicher Arbeitsgerichte vor, in welche die jetzt bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte umgewandelt werden sollen, um sodann unter erheblicher Erweiterung ihrer Zuständigkeit den oberinstanzlichen Gerichten angegliedert zu werden. Im Jahre 1890 wurden die Gewerbegerichte im Jahre 1904 die Kaufmannsgerichte ins Leben gerufen. Beide Einrichtungen hatten zunächst mit dem Widerstand und Mißtrauen aus Arbeitgeber- wie auch Arbeitnehmerkreisen gleichermaßen zu kämpfen. Berücksichtigung durch Sondergerichte bei beiden Parteien ein und ließ jegliche Beschwerde aneinander reiflos verstimmen. Auch die Befürchtung einer starken Vermehrung der Klagen in Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses hat sich in der Praxis als grundlos erwiesen. Als beachtenswerter Beweis für die als unparteilich allgemein anerkannte Art dieser Rechtsprechung darf schon die Tatsache gelten, daß gegen

Reichsminister des Innern Dr. Nocker: Das Gesetz reicht nicht entfernt an die Maßnahmen der alten Regierung heran, aber die republikanischen Beamten dürfen im Dienst nicht gegen die Republik arbeiten. Das Gesetz ist eine klare Interpretation dessen, was das Reichsdisziplinargericht als Pflicht des Beamten festgelegt hat.

Abg. Dr. Levy (NSDAP.): Das Gesetz legt nur ausdrücklich die Pflicht fest, die jeder Beamte auf Grund seiner Beamtenstellung dem Staate gegenüber zu erfüllen hat. Redner beantragt Wiedereinsetzung des Reichsdisziplinargerichts in das Gesetz.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Das Gesetz richtet sich nicht gegen die Beamten, die in der Reichsdisziplinarinstanz sind. Das Wesen der Demokratie besteht in erster Linie nicht in der Freiheit, sondern in der Pflichterfüllung. Einzelne Beamte haben in ihrer monarchistischen Bestimmung eine Haltung eingenommen, die mit dem Staatswohl nicht verträglich ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220717-15/fragment/page=0005

kaum 8% der berufsfähigen Urteile die ordentlichen Gerichte als Berufungsinstanz angenommen worden sind. Wenn diese maßgebendsten Rechtsinstanzen jetzt zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen werden sollen, so hat dies seinen Grund vor allem darin, daß die bisher übliche organisatorische Abtrennung der Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichte von der ordentlichen Rechtsprechung bereits seit längerer Zeit als Mangel empfunden wurde. Der neue Gesetzentwurf sieht nun hier eine grundlegende Aenderung vor, indem er, wie bemerkt, die Angliederung dieser Sondergerichte an die ordentlichen Gerichte in Gestalt von Arbeitsgerichten zur Durchführung kommen lassen will, eine Forderung, die nicht nur in Italien, sondern auch in Sozialpolitikerkreisen (dort u. a. von dem verstorbenen Prof. Franke) tatkräftig vertreten wurde. Bei dieser Umwandlung wird der Kreis der Wirksamkeit dieser Sondergerichte einerseits durch Ueberlassung des Einigungsanspruchs an die speziellen Schlichtungsämter nicht unerheblich eingeschränkt; andererseits jedoch ausgedehnt, indem auch das gesamte Berufungsverfahren in den Rahmen ihrer Tätigkeit fallen soll. Im Entwurf ist nämlich gleichzeitig die Schaffung von ähnlich zusammengesetzten Landesarbeitsgerichten und einem Reichsarbeitsgericht vorgesehen. Für jeden Anhänger der Rechtsprechungsreform wird dieser Ausbau des Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichtswesens in der neuerlichen Form von Arbeitsgerichten zweifellos einen Fortschritt bedeuten. Darüber hinaus muß noch betont werden, daß die Schaffung derartiger Arbeitsgerichte, durch welche die Mitwirkung entsprechend vorgebildeter Laien im Rahmen der gesamten Rechtsprechung in Streitigkeiten des Arbeitsverhältnisses gewährleistet und die Sonderheit des Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichtswesens aufgegeben wird, eine weitgehende Beachtung sowohl für die Arbeitsgerichte selbst, wie für die anderen Gerichte zu zeitigen verpflichtet und daher nur zu begrüßen ist. Die grundlegende Umwandlung dürfte auch dazu beitragen, die seitige Klassen- und Berufsgruppenunterschiedlichkeit in der Rechtsprechung dieser Kategorie zu beseitigen und bei allen Urteilsprüfungen einzig und allein das sachliche Rechtsgut zum Ausdruck kommen zu lassen. Der hin und wieder auftretende absurde Gedanke, beispielsweise Streitigkeiten in der Metallindustrie ausschließlich durch Bergleute aus dieser, im Holzgewerbe nur durch Bergleute aus dem Holzwirtschaftsbereich zu entscheiden, wird durch die in Vorbereitung befindliche Umschichtung erkennlicherweise gegenstandslos gemacht. Das Prognostikon für dieselbe ist daher ein gutes. Es wäre zu wünschen, daß den Vorschlägen für diese großartig gedachte Umwandlung auch im Reich der Volksvertreter das tiefgehende Interesse entgegengebracht wird, das zu finden sie zweifellos verdienen. W. B.

Die Abnahme des Welthandels.

Der Weltverkehr in Waren hat nach dem Siege einen nennenswerten Aufschwung empfindend der Friedenszeit nicht erlebt. Im Gegenteil, die Abnahme des Welthandels hat von 1920 auf 1921 noch Fortschritte gemacht. Von C. P. Martin, dem Statistiker der National City Bank in New York, wird diese Abnahme auf rund 1/2 des Gesamthandels berechnet. C. P. Martin führt hier dabei auf amtliche Berichte aus den 25 hauptsächlichsten Handelsländern der Erde. — Europa ohne Deutschland, das alle Amerikareich-Ingarn und alles, was östlich davon liegt. Von diesen bezeichnet er die europäischen Staaten, Japan und zum

größten Teil die Vereinigten Staaten als Industrieländer, die übrigen als Erzeuger von Roh- und Nahrungsstoffen. Alle zusammen betreiben vor dem Kriege zwei Drittel des gesamten Welthandels, so daß man aus dem Gesamtwerte ihrer Ein- und Ausfuhr von 79 Milliarden im Jahre 1920 und 52 Milliarden Dollar für 1921 auf einen Gesamtwelt-handel von 118 Milliarden Dollar im Jahre 1920 und 79 Milliarden im Jahre 1921 schließen kann. Der Rückgang des Jahres 1921 hat die Fertigerwaren härter getroffen, nämlich mit 50 Prozent, als die Rohstoffe mit 47 Prozent; für Großbritannien ist der Unterschied härter, da sind es 48 Prozent und 27 Prozent. Am härtesten ist der Unterschied in der Ausfuhr. Länder mit Barenausfuhr haben einen viel härteren Ausfall, als solche mit landwirtschaftlicher Ausfuhr, deren Rückgang durchschnittlich 20 Prozent beträgt. Nahrungsmittel und Rohstoffe waren nämlich überall gesucht, an dem Einkauf von Fertigwaren wurde überall gelappt.

Ein Produktionsgebiet, auf welchem der Rückgang der Industrie besonders in die Augen springt, ist die Erzeugung von Eisen und Stahl. In den Vereinigten Staaten arbeiten in dem erzeugungsreichsten Monate, Juli 1920, von 435 Hochöfen 293, ein Jahr später aber nur noch 69, bei weitem noch nicht der 6. Teil der vorhandenen, und Dezember 1921 erst wieder 125. In England arbeiteten von 487 Hochöfen ebenfalls im Juli 1920 303, ein Jahr später unter dem Einfluße des Bergarbeiterausstandes gar nur 12, im Oktober 1921 wieder 82 und Dezember 90, also noch lange nicht der 5. Teil; der Bergarbeiterausstand war aber durchaus nicht allein schuldig an diesem Darniederliegen der Hochofenarbeit, denn in den drei Monaten vor seinem Beginn hatte sich die Zahl der arbeitenden Hochöfen von 292 auf 109 vermindert. In Frankreich und Belgien trat die starke Abnahme etwas später ein; Frankreich hatte im Januar 1920 63, Januar 1921 93 Hochöfen von 220 vorhandenen im Betriebe, deren Zahl bis Oktober 1921 auf 51, also auf weniger als ein Viertel fiel, am dann wieder langsam zu steigen. Belgien hatte im Januar 1920 12, im Dezember 27, also die Hälfte seiner 54 Hochöfen im Betriebe, deren Zahl bis Oktober 1921 auf 11, also auf kaum mehr als den 5. Teil der vorhandenen fiel und dann wieder stieg. Unter den 56 arbeitenden Hochöfen Frankreichs befanden sich im Dezember 1921 24 im ehemaligen Deutsch-Lothringen, von 65 vorhandenen. Gerade auf diese Gebiete zeigt sich auch der Ausfall des deutschen Bedarfs; Deutschland hat Eisenmangel, ist aber infolge seiner Berechnung nicht in der Lage, ihn durch Einfuhr aus dem Auslande zu decken.

Handel und Verkehr.

Zwischen Schwäher.

Berlin, 15. Juli. Der Wechselkurs am Devisenmarkt gestaltete sich sehr spannend. Die Stimmung war anfänglich noch fest, der Dollar, der sich paritätisch auf 45 1/2 stellte, wurde mit 462-466 gehandelt, London mit 2050 bis 2070. Auf größere Abgaben hin lenkte sich das Kursniveau. Der Dollar fiel auf 444-448, London auf 1970 bis 1990, Holland auf 17 200-17 350. Gegen Mittag war der Markt außerordentlich harten Schwankungen unterworfen. Das Geschäft hielt sich demzufolge in ziemlich engen Grenzen. Die Kurse bewegten sich dauernd hin und her. Gegen 1 Uhr handelte man Kabel mit 441-445, London mit 1960-1980,

Paris mit 3625-3675, Prag mit 985-1000, Holland mit 17 150-17 300.

Erhöhung der Reichsbanknoten und Kontingente.

Die finanzielle Lage der Reichsbanken hat sich in ungewöhnlich gehalt, daß ihr Fortbestand ernstlich gefährdet ist. In Erwägung des volkswirtschaftlichen Nutzens jener Banken soll daher, wie der „Dena“ aus parlamentarischen Kreisen geschrieben wird, eine abermalige Erhöhung ihrer Feuerfestei Notenkontingente erfolgen, um die Banken in hand zu setzen, einerseits den Kreditanforderungen zu genügen und andererseits ihre Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Die Erhöhung der Notenausgabe wird von zuständiger Seite im Hinblick auf die Höhe der schwebenden Schuld für unbedenklich erachtet, zumal als Gegenpart für die auszugebenden Noten in der Hauptsache reale Unterlagen, insbesondere Warenwechsel, in Frage kommen.

Demgemäß wird durch einen dem Reichsrat zugegangenen Gesetzentwurf den Reichsbanknotenkontingente der ungedeckte Notenausgabe, wie folgt, umgesetzt: für die Bayerische Notenbank 400 Millionen, Sächsische Bank 220 Millionen, Württembergische Bank 180 und Badische Bank 130 Millionen. Entsprechend der Erhöhung des Feuerfesten Kontingents soll auch die Summe der überhaupt ohne besondere reichsgerichtliche Ermächtigung auszugebender Noten sich erhöhen. Hierdurch wird es den Landesregierungen möglich sein, innerhalb der Höchstgrenzen weitere Darlehen auszugeben. Längstens vom 1. Januar 1926 ab sollen die Verhältnisse nachgeprüft werden. Doch wird in Aussicht genommen, schon vorher die Notenbezüge herabzusetzen, falls die Reichsbank ihren Diskontsatz erhöht und damit auch den Reichsbanknotenbanken erhöhte Einnahmen zufließen.

Die Befristung des freien Verfügungsrechtes über die Goldbestände soll nicht geändert werden.

Berliner Viehmarkt am 13. Juli.

Amstliche Bericht. Auftrieb: 2510 Rinder, 986 Kälber, 7862 Schafe, 4614 Schweine, 38 Fiegen. Preise für 100 Fund Lebendgewicht: Ochsen 2600-3500 Mark, Bullen 2600 bis 3500 Mark, Kühe 1600-3500 Mark, Kälber 2800 bis 4400 Mark, Schafe 1400-3800 Mark, Schweine 5500 bis 6800 Mark. Fiegen 2100-2200 Mark. Der Handel verlief in allen Gattungen glatt.

Berliner Fettmarkt vom 13. Juli.

Butter: Die Nachfrage ist schwächer geworden, jedoch nehmen auch die Zufuhren immer mehr ab, so daß die meisten untergebracht werden konnten. Die heutige amtliche Notierung ist pro Fund in Qualität 90 Mark, IIa Qualität 82-86 Mark.

Margarin: Die Fabriken ermöglichen die Preise um 14 Mark pro Fund und sind die meisten 51-62 Mark je nach Qualität.

Schmalz: Beeinflusst durch die Abschwächung der Devisen war der Schmalzmarkt sehr spannend bei rückgängigen Preisen. Die Konsumnachfrage hat zwar etwas nachgelassen, ist aber immer noch trotz der hohen Preise lebhafter wie vor einigen Monaten. Die amerikanischen Produktionsüberschüsse waren gänzlich unverändert. Die heutigen Notierungen sind: Gutes Weizen 69 Mark, Rute Weizen in Tieres 72 Mark, Rute in kleineren Packungen 73,50 Mark, Berliner Braten-schmalz 74 Mark.

Eiweiß: Gute Nachfrage. Gelegentlich amerikanischer Rüdenbedarf notiert 70-76 Mark, je nach Größe.

